

Öffentliche Sitzung der Ethikkommission zur Atomkraft

## **Experten ringen um Energiewende**

Jan Almstedt – Quelle: [www.spd.de](http://www.spd.de) - 28. April 2011

**In einer öffentlichen Sitzung hat am Donnerstag die von der Bundesregierung eingerichtete Ethikkommission zur Energieversorgung Experten zum Thema angehört – die Positionen liegen erwartungsgemäß weit auseinander. Grundsätzliche Kritik an der Zusammensetzung des Gremiums kommt indes von Atomkraftgegnern.**

Bei der Sitzung der Ethikkommission haben rund 30 Experten am Donnerstag völlig unterschiedliche Sichtweisen zu den Konsequenzen eines beschleunigten Atomausstiegs dargelegt. Bis Ende Mai will das Gremium einen Abschlussbericht vorlegen als Empfehlung für die Bundesregierung, wie langfristig mit der Atomkraft in Deutschland umgegangen werden sollte.

Atomkraftgegner indes haben die Zusammensetzung der Ethikkommission zum Atomausstieg kritisiert und die Beteiligung von Anti-Atom-Organisationen gefordert. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg verfolgte die öffentliche Sitzung des von der Bundesregierung eingesetzten Gremiums am Donnerstag auf einer Leinwand in der Nähe des Salzstocks Gorleben, der als mögliches Atomendlager erkundet wird. BI-Sprecher Wolfgang Ehmke kritisierte, es sei nicht akzeptabel, dass die Ethikkommission Umweltverbände und Anti-Atom-Organisationen bei der Befragung außen vor lasse.

### **Warnung vor „Blackouts“, Perspektiven auf mobile Stromspeicher, Jobmotor Öko-Energien**

Die am Donnerstag formulierten Meinungen spiegeln die ganze Bandbreite der Debatte, die seit dem Ausstieg aus dem Atomkonsens durch die Bundesregierung im vergangenen Herbst wieder scharf geführt wird. Die Positionen im Überblick:

**Johannes Teyssen, Eon-Vorstandsvorsitzender:** Bei einem Ausstieg vor 2025 sieht er große Probleme etwa für die deutschen Klimaziele, weil mehr Gas- und Kohlekraftwerke gebraucht würden. Zudem müsste Deutschland Kohle- und Atomstrom importieren, die Strompreise könnten um zehn Prozent steigen, warnt er.

**Dietmar Schütz, Präsident Bundesverband Erneuerbare Energie:** Er sieht in einem raschen Atomausstieg große ökonomische Chancen, tausende neue Jobs könnten im Bereich der Öko-Energien entstehen. Bis 2020 könnte Strom aus Sonne, Wind oder Biomasse bereits einen Anteil von 47 Prozent schaffen, glaubt Schütz.

**Franz-Georg Rips, Präsident Mieterbund:** Er befürchtet hohe Belastungen für Mieter, wenn Vermieter mit Milliardenprogrammen zum energiesparenden Sanieren von Häusern animiert werden. Zudem wollten viele ältere Eigentümer kein Geld in neue Fenster oder Dächer stecken, weil sich das für sie nicht mehr lohne, warnt Rips.

**Heinz-Peter Schlüter, Aufsichtsratschef Aluminiumkonzern Trimet:** Er sieht große Probleme für energieintensive Betriebe durch steigende Stromkosten und Blackouts, die binnen Stunden zu einer Zerstörung der Produktionsanlagen führen könnten. Atomkraftwerke seien Garanten für eine sichere Stromversorgung, weil sie die schwankende Erzeugung der erneuerbaren Energien ausglich.

**Hildegard Müller, Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW):** Ein Ausstieg bis 2020 oder spätestens 2022/23 sei eine ähnlich große Herausforderung wie die Wiedervereinigung, meint sie. Man müsse offen über die Kosten reden. „Wir brauchen eine Klärung darüber, wie wir diese Belastungen so gering wie möglich halten können und wie sie verteilt werden sollen.“

**Regine Günther, Klima- und Energieexpertin der Umweltstiftung WWF:** „Nur die schnelle Veränderung des bestehenden Energiesystems bringt maximale Sicherheit“, sagt sie. Die Warnung vor Blackouts sei interessengeleitete Panikmache, ein Atomausstieg dürfe aber nicht einhergehen mit einer Renaissance der Kohlekraft. Die Steuer auf Brennelemente solle zur Finanzierung der Wende erhöht werden.

**Eberhard Umbach, Karlsruher Institut für Technologie:** Er ist gegen eine dauerhafte Endlagerung von Atommüll tief unter der Erde, weil durch technische Verfahren in der Zukunft die gefährliche Strahlung grob gesagt von 100.000 Jahren auf 100 Jahre verringert werden könnte.

**Uwe Schneidewind, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie:** Er kritisiert, dass niemand sich richtig an die Preisfrage der neuen Energieversorgung herantraut. Wenn es gut laufe, könnten sich Kosten und Nutzen durch mehr Energieeffizienz die Waage halten.

**Joachim von Braun, Universität Bonn:** Der Energiehunger verschärft aus seiner Sicht die weltweite Armut. Immer mehr Weizen und Mais landeten in Biomasse-Anlagen und nicht auf dem Teller, kritisiert er. Interessant findet Braun zum Beispiel die Einführung einer globalen Fleischsteuer von 10 Prozent.

**Reinhold Gispert, Betriebsratschef AKW Biblis/RWE:** Er hält die deutschen Meiler für sicher. In der Atomindustrie stünden 30.000 Jobs auf dem Spiel, mahnt er. Eine ganze Branche werde ohne Not diskreditiert. „Als Mitarbeiter eines Kernkraftwerks kommt man sich zurzeit im eigenen Land vor, als wenn man auf der Anklagebank sitzen würde.“

**Ferdi Schütt, Max-Planck-Institut für Kohlenforschung, Mülheim:** Er hält einen Zeitrahmen für den Verzicht auf Kernenergie von etwa 10 Jahren für realistisch. Wichtig sei die Speicherfrage. Irgendwann könnten Millionen Elektro-Autos vielleicht als lokale Stromspeicher dienen.